

ERINNERUNG AN DAS MASSAKER

Der Rat der Stadt Postelberg (Postoloprty) hat soeben die Errichtung einer Gedenkstätte beschlossen. Sie erinnert an alle Opfer vom Mai und Juni 1945. Auch an die Opfer unter den Sudetendeutschen. Die Verantwortung hierfür trägt die tschechoslowakische Armee. Ist das tatsächlich ein bedeutsamer Schritt zur Anerkennung der Wahrheit der Vergangenheit?

Die Opfer

Ende Mai und Anfang Juni 1945 trieb die tschechoslowakische Armee in Postelberg einige Tausend Sudetendeutsche (und ihre Lebenspartner aus Mischehen) zusammen. Von diesen hat das Hinrichtungskommando wenigstens 763 (vor allem Männer) erschossen. Ermordet wurden auch einige Frauen und fünf Buben, die jünger als 15 Jahre alt waren.

Die Untersuchung

Im Jahr 1947 wurde dieses Massaker von einer Parlamentskommission unter der Leitung von Dr. Bunža untersucht. Man hat die Leichen exhumiert. Die Kommission hat einige Schuldige bezeichnet. Nach der kommunistischen Revolution hat man davon nicht mehr gesprochen. Das Massaker wurde vergessen.

Die Schuldigen gefunden

Im Jahr 2008 hat die tschechische Polizei eine weitere Untersuchung beendet. Es hat sich gezeigt, dass der Befehl, auf Grund dessen die fünf Jungen zum Tod durch Erschießung verurteilt wurden, von dem Armee-Hauptmann Vojtěch Černý gekommen ist. Anderer Morde wurde der Polizist Bohuslav Marek aus Postelberg überführt. Beide sind aber vor der Schuldfeststellung gestorben.

Die Gedenktafel

Otokar Löbl war Mitglied der Untersuchungskommission, die von der Stadtvertretung von Postelberg gegründet wurde. Die Kommission hat ein Denkmal für die Opfer des Massakers entworfen. Der Vorschlag wurde von der Stadtvertretung vorige Woche am Mittwoch angenommen.

Mladá Fronta DNES 9. Nov. 2009



Den unschuldigen Opfern

Tschechen, die von Deutschen ermordet wurden,
und Deutsche, die von Tschechen ermordet wurden,
bekommen in Postelberg ein
gemeinsames Denkmal

VON MARTIN KOMÁREK / MLADÁ FRONTA DNES

Postelberg ist ein verschlafenes Städtchen in Nordnordwesten von Böhmen. Auf den Straßen lungern Jugendliche herum und werfen sich Rufe zu. Das Tor zum halbverfallenen Schloss ist zu. Hinter dem Tor liegen im nicht gemähten Gras Abfälle. Einige Gebäude, auch das Rathaus, haben schon eine renovierte Fassade. Aus einem kommunistischen Selbstbedienungsladen ist ein „Market COOP“ geworden. Er ist auch nicht schöner, aber Ware gibt es hier genug.

Es ist Mittwoch, der 4. November. In Postelberg wird die Vergangenheit beurteilt. Die Stadtvertretung der Stadt entscheidet, ob sie ein Denkmal oder eine Gedenkstätte auch für die gründen soll, die nicht auf der „richtigen“ Seite ermordet wurden.

In einem altersgrauen Raum hält das Schwurgericht eine Sitzung, das den symbolischen Spruch fällt: Ja, auch wir Tschechen waren Mörder. Ja, auch die Deutschen, obwohl sie den Krieg angefangen und unsagbares Leiden verursacht haben, verdienen ein Denkmal.

Oder es fällt ihn nicht.

Es bleibt bei der Ansicht, die von einer Mehrheit der Tschechen, hauptsächlich den Älteren, vertreten wird: Die mit den Kriegsgräueln angefangen haben, verdienen keine Gedenktafel.



Das Postelberger Rathaus mit renovierter Fassade
(Foto: Förderverein Saaz)



Stadtverordnetensitzung vom 21. Oktober 2009, rechts Bürgermeister Miroslav Hýlak (Foto: Deník / Mirka Strnadová)

Das Massaker

Zwei Bilder, die der Stadt Postelberg vor mehr als sechzig Jahren ihre Tragik gegeben haben, wirken heute unglaublich.

Das erste Bild: Die deutschen Besatzer, in ihren letzten Zügen, treiben Juden durch die Stadt. Sie sollen auf dem Bau arbeiten, nicht weit vom Flughafen. Einige sterben unterwegs, andere haben keine Kraft mehr und werden zu Tode geprügelt. Auf die, die dies überleben, wartet nichts Besseres. Totgeschlagen werden auch Frauen und Kinder.

Das zweite Bild, nur ein oder zwei Monate später: Aus der Stadt Saaz werden Deutsche nach Postelberg zusammengebracht. Aber auch Tschechen aus Mischehen. „Erschießen!“ lautet der Befehl von Offizieren der tschechoslowakischen Armee. In Massengräbern mit einer Kugel im Genick beenden hunderte, vielleicht bis zweitausend

wehrlose Zivilpersonen ihr Leben. Erschossen wurden auch mindesten fünf Jungen. Es sterben auch Frauen.

Zurück in die Gegenwart: Das Rathaus ist zwar von außen schön verputzt, aber der Verhandlungssaal erinnert mit seiner Einrichtung an die sozialistische Zeit. Es ist eine öffentliche Sitzung. Die Öffentlichkeit stellen aber nur zwölf Menschen dar, von denen noch die Mehrheit Journalisten sind. Die Stadtvertreter sind an Zahl überlegen. Es sind achtzehn ...

Noch vor der Sitzung hat mir Bürgermeister Miroslav Hýlak gesagt: „Es ist notwendig, einen Schlusspunkt zu machen.“

Er war persönlich lange dagegen, obwohl sein Onkel bei diesem Massaker unter den sudetendeutschen Opfern war. In seiner Familie hat man davon nicht gesprochen. Dass in der Stadt, wo er als Bürgermeister tätig ist, so ein Massaker stattfand, entdeckte er erst in den neunziger Jahren. Noch im Jahr 2005 war er dagegen, dass man ein Denkmal errichtet. Jetzt hat er seine Meinung geändert. Mord ist ihm zufolge Mord, und Unschuldige bleiben Unschuldige, auch wenn es Deutsche sind.

Viele vierzig- oder fünfzigjährige glauben immer noch nicht, dass hier in der Stadt so ein Blutbad passieren konnte. Der Bürgermeister erwartet keine großen Proteste, auch wenn sich seine Ansicht durchsetzen sollte. Im Gegenteil, die Vergangenheit soll mit einer Gedenkstätte und einer Inschrift, die nicht die Gemüter erregt, zur Ruhe kommen.

Nehmen sie uns die Häuschen weg?

Das Gericht in Postelberg findet in einer schweren Zeit statt. Als Václav Klaus bei den Chefs der Europäischen Union eine Ausnahme hinsichtlich des Lissabonvertrags durchsetzte, wurde die Frage der sogenannten Sudetendeutschen wieder lebendig. Ungefähr drei Millionen



Otokar Löbl und Martin Komárek (Foto: Förderverein Saaz)



Anděla Dvořáková, Vorsitzende des „Freiheitsbundes“ (Foto: Förderverein Saaz)

wurden nach dem Krieg vertrieben. In ihren Häusern, sofern sie nicht an Soldaten gegeben wurden, leben Tschechen [Zivilisten]. Einige haben Angst, dass sie um ihr Dach gebracht werden könnten. Ist diese Angst berechtigt?

Die Vorsitzende des Freiheitsbundes¹, Anděla Dvořáková erregte am 28. Oktober Aufmerksamkeit, als sie die Rathäuser kritisierte, die den Sudetendeutschen und ihren Verbänden

entgegenkommen. Kann sein, dass sie gerade Postelberg gemeint hat.

„Ich fürchte aufgrund der Haltung und der Äußerungen des Herrn Europaabgeordneten Posselt, dass die Gefahr einer Revanche droht. Er kann nicht für drei Millionen Menschen garantieren, kann sie nicht daran hindern, dass sie die Rückgabe ihres Eigentums fordern. Außerdem sei die Tschechisch-Deutsche Erklärung nur ein Fetzen Papier, sagt er.“

„Es wäre gut, wenn man sich mehr mit den Absichten der Sudetendeutschen Landsmannschaft beschäftigen würde. Dann würde Ihnen klar werden, dass es den Deutschböhmern überhaupt nicht um das Eigentum geht, sondern um das Land“, antwortet sie auf meine Frage.

Der Bürgermeister von Postelberg hat jedoch in dieser Hinsicht keine Angst: „Von Zeit zu Zeit kommt ein Bus mit Deutschen, die vertrieben wurden und die hier gebürtig sind. Aber die Menschen werden älter. Jetzt kommen sie schon nicht mehr so oft.“

Der „Sudetendeutsche“

Mit der Idee, ein Mahnmal in Postelberg (Postoloprty) zu errichten, ist nicht die Landsmannschaft gekommen. Damit ist ein „Deutscher-Nichtdeutscher“ gekommen – Otokar Löbl. Ein lebendiger Überrest aus der besseren Zeit Mitteleuropas. Ein Saazer. Zugleich Tscheche, Jude und Deutscher. Seine Familie war eine der wenigen deutschen, die nach dem Krieg bleiben durften. Nach Frankfurt emigrierte er nach dem Jahr 1968, als die Tschechoslowakei von Breschnjew besetzt wurde.

Er ist unglaublich aktiv. Er setzt sich für die Versöhnung ein. In Saaz hält er Kulturveranstaltungen und Seminare ab, repariert die Kirche und den jüdischen Friedhof. Ein lebendiger, intelligenter Mann, erinnert ein bisschen an Bernd Posselt und liebt selbstverständlich Bier und Rinderbraten vom Filet (*svičkova*).

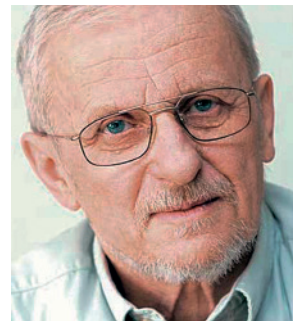
Über den harten Kern der Landsmannschaft hat er fast die gleiche Ansicht wie Anděla Dvořáková. Er meint, dass auch der Freiheitsbund oder die Klubs der tschechischen Grenzgebiete an der gleichen Krankheit leiden: „Ich bin der Meinung, dass diese Menschen eine persönliche Identitätskrise durchmachen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zerbricht ihre gewohnte Welt, die sie vierzig Jahre sorgsam aufgebaut haben. Sie stand in Gegensatz zur Wirklichkeit. Einige ihre Äußerungen haben schon einen pathologischen Charakter. Der Mensch kann nicht das ganze Leben nur als Opfer leben, ohne dass es ihn kennzeichnen würde. Das gilt für beide Seiten.“

Er sagt außerdem: „Das ändert aber nichts daran, dass wir mit tiefem Respekt und Demut der Millionen gefallener Freiheitskämpfer des Zweiten Weltkriegs gedenken, den der deutsche Nationalsozialismus entfesselt hat, und der Opfer des Holocausts.“

Sind alle Sudetendeutsche so vernünftig und versöhnlich wie Otokar Löbl? Die Mehrheit der Tschechen ist nicht dieser Meinung.

Der Sekretär des Präsidenten [Václav Klaus], Ladislav Jakl, behauptet: Hätten die Tschechen nicht für sich eine Ausnahme von den Rechten der EU-Charta ausgehandelt, könnten die Sudetendeutschen vor Gericht gewinnen: „Jeder Tscheche, Deutscher oder Zypriot kann ein Gesuch einreichen, über was auch immer. Die Frage ist, wie wird das Gericht mit dem Antrag umgehen, und werden sie Gelegenheit bekommen, eine Klage gegen die Ungerechtigkeit oder Diskriminierung aufgrund der Staatsbürgerschaft einzureichen?“²

Der Politologe Bohumil Doležal, der zu den ersten gehört hat, die uns erklärt haben, dass die Vertreibung der Deutschen ein Unrecht war, merkt dagegen ironisch an: „Das, was wir uns zusammengestohlen haben, bleibt uns.“



Der Politologe Bohumil Doležal (Foto: Förderverein Saaz)

Eigentumsbefürchtungen hat mir bei unserem Gespräch vor Beginn der Sitzung der Stadtvertretung auch der Bürgermeister bestätigt:

„Es geht die Rede, dass man in Postelberg ganze Familien erschossen hat, damit man sich ihr Eigentum nehmen konnte.“ Das Denkmal kann demonstrieren, dass es wirklich zu diesem Massaker

hier gekommen ist und dass unschuldige Menschen ums Leben gekommen sind, und das kann Eigentumsansprüche eröffnen.

Ist es wirklich passiert?

Jetzt leitet der Bürgermeister die Stadtvertreterversammlung, und die wird den „Vorschlag“ bestätigen oder verwerfen. Das Wort ergreift Václav Sedláček vom Grenzgebietsklub³ Aussig (Ústí nad Labem). Er verweist darauf, dass wir kein Abkommen mit Deutschland haben, und deswegen müssen wir keine Denkmäler bauen. Eine Gedenkstätte für die Deutschen ginge über das Übliche hinaus.

Vor allem ist damals angeblich nichts passiert.

„Man hat mehrmals Untersuchungen gemacht, aber es ist zu keinem Ergebnis gekommen. Es gibt kein Polizeiprotokoll, wo über dieses Problem etwas steht. Nach dem Krieg sagte man, dass diese exhumierten Menschen Juden waren, die den Flughafen von Saaz gebaut haben. Die Version vom Massaker ist erst in den neunziger Jahren aufgetaucht,“ behauptet Sedláček.

Otokar Löbl, der das Grabmal fordert, will angeblich brutale Aggressoren zu armen Opfern machen. Die Mehrheit der Stadtvertreter ist aber besser informiert. Sie haben eine Kommission gegründet, die sich damit beschäftigt hat. Die Kommission leitete Michal Pehr. Der brauchte nicht die Gräber zu untersuchen, er konnte sich auf Dokumente stützen: „Selbst in der Nachkriegszeit, als es eine starke antideutsche Stimmung gab, wurde der Fall Postelberg als besonders schwerwiegend angesehen“, sagt er. „Es wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission gegründet, die der Volksparteiabgeordnete Bunža geleitet hat. Diese Kommission exhumierte 763 sterbliche Überreste. Diese Zahl war aber nicht vollständig.“

Dann kam das Jahr 48⁴. Bunža emigrierte. Die Anstifter des Massakers traten in die KPČ ein, und Gottwald⁵ empfahl, nicht darüber zu sprechen. Er wusste aber, was passiert ist: „Die deutschen Kommunisten haben sich damals bei ihm beschwert“, sagt Michal Pehr.

Übersetzung Renáta Mlynářová und Andreas Kalckhoff

Das Massaker sieht er im Kontext des Krieges: „Die Deutschen [Soldaten] haben bei ihrem Rückzug Dörfer niedergebrannt und ganz unnötig Zivilisten massakriert. Der Hass auf sie war begreiflich. Aber auch so: Mord bleibt Mord.“

Die Entscheidung

Dass Mord Mord ist, überwiegt bei der Diskussion im Postelberger Rathaus. Die kommunistischen Vertreter protestieren zwar, aber sie sind in der Minderheit und sie ziehen sich zurück.

Ihr Gegner Miloslav Fišer spricht davon, dass es nicht möglich ist, die ganze Sache zu verschweigen, und dass es nicht möglich ist, nur darauf hinzuweisen, dass die Deutschen die Schuldigen waren und mit allem angefangen haben: „Wenn wir immer nur verlangen, Auge um Auge, Zahn um Zahn, sind wir nicht besser. Wenn wir über so eine Auffassung nicht hinauskommen, dann werden wir mit der Vergangenheit nicht fertig.“

Gleichzeitig aber sagt er: „Aber es wurmt mich auch die Haltung von Herrn Löbl, der uns eine bestimmte Form aufdrängen will.“ Die Stadt soll eine Gedenkstätte vorschlagen und selbst bezahlen. Dies ist eine sehr geschickte politische Äußerung.

Auch der Bürgermeister ist ein gewiefter Politiker. Hat alles fest im Griff. Er beendet die Diskussion, und niemand protestiert, es dämmert, und möglicherweise will man heim. Der Bürgermeister entwirft einen Beschluss. Es wird eine Gedenkstätte auf dem Friedhof eingerichtet. Sie wird für alle unschuldigen Opfer vom Mai und Juni 1945 sein. Also für Tschechen und für Deutsche.

Ist es zu wenig oder zu viel? Otokar Löbl wollte vielleicht mehr, aber er wollte niemandem seinen Willen aufzwingen. „Es ist fantastisch, wie es ausgegangen ist,“ findet er. Jeder Schritt zur Wahrheitserkenntnis und zur Demut ist für diesen „Fanatiker“ der Versöhnung ein Sieg.

ANMERKUNGEN

1. Freiheitsbund = „Verband der Kämpfer für die Freiheit“; 1990 gegründete Vereinigung von Verfolgten des kommunistischen Regimes und ehemaligen antifaschistischen Kämpfern.

2. Das bezieht sich auf ein Gesetz, demzufolge nur Bürger mit tschechischer Staatsbürgerschaft auf Erstattung des Eigentums klagen können. Damit werden nicht nur die Vertriebenen diskriminiert, sondern auch die tschechischen Emigranten, die auf Grund ihrer Flucht ausgebürgert und enteignet wurden.

3. Grenzgebietsklub = „Club der tschechischen Grenzgebiete“; 1992 gegründeter Verein ehemaliger Grenzsoldaten und Volkspolizisten, der u. a. Kontakte zu ehemaligen DDR-Kollegen pflegt.

4. Im Februar 1948 putschten sich die Kommunisten an die Macht.

5. Klement Gottwald (1896-1953), seit 1929 Parteichef der KPČ, seit 1946 Ministerpräsident und seit 1947 bis zu seinem Tode Staatspräsident der Tschechoslowakei.